

Haushaltsrede der UWG-Fraktion vom 5. Dezember 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans 2013 markiert eine Entwicklung der Stadt Schmallebenberg, die von uns erhöhte Aufmerksamkeit erfordert. Eine nach wie vor intakte Wirtschaft mit geringer Arbeitslosigkeit wird uns in der Haushaltsrechnung 2012 einen kleinen Überschuss beschereben, den wir aber dringlich für den Haushaltsplanentwurf 2013 benötigen.

Die Deckung des geplanten Fehlbetrags 2013 ist zwar über die eigentlich fiktive Ausgleichsrücklage gewährleistet, führt jedoch zu einer Verminderung des Eigenkapitals in der Bilanz.

Der Ausblick auf die Folgejahre bis 2016 geht von weiterem, wenn auch sinkendem Verzehr der Ausgleichsrücklage aus, jedoch kann die Annahme steigender Steuereinnahmen, auf denen diese optimistische Prognose beruht, als bestenfalls unsicher bezeichnet werden.

Im Finanzplan beträgt die Unterdeckung aktuell ca. 4,2 Mio. €. Der negative Finanzierungssaldo kann zwar scheinbar aus dem Bestand an liquiden Mitteln gedeckt werden, aber mit der Konsequenz, dass die entsprechenden Liquiditätsreserven stark vermindert werden müssen. Dies geht nur eine begrenzte Zeit ohne Kreditaufnahmen.

Die Personalkosten steigen im kommenden Jahr überproportional. Das hängt stark mit den einzustellenden KITA-Mitarbeitern zusammen, zum Teil auch mit Höhergruppierungen. Wir schätzen die Arbeit der Mitarbeiter der Stadtverwaltung und sehen ein, dass gute Arbeit auch vernünftig bezahlt werden muss. Somit tragen wir die personellen Angelegenheiten mit.

Als eine der Hauptursachen für die starke Beanspruchung der Ausgleichsrücklage kann der Investitionsetat von rund 9 Mio. € ausgemacht werden. Bei der Planung künftiger Großinvestitionen müssen wir uns künftig versichern, dass wir die finanziellen Möglichkeiten nicht zu sehr strapazieren. Die Investitionen sollten sich an einem nachhaltigen Zukunftskonzept orientieren. Die Großmaßnahme „Akademie“ scheint nach dem Ärger mit dem Entwurfsarchitekten und der Beendigung des Vertragsverhältnisses mit ihm in eine solide Richtung zu laufen. Ähnliche Mehrausgaben wie beim Schulzentrum in Bad Fredeburg dürfen uns jedenfalls bei der Musikakademie nicht noch einmal passieren.

Fortschritte im Bereich Umwelt- und Klimapolitik werden nicht ohne finanzielle Beiträge aus dem städtischen Haushalt gelingen. Wir bekennen uns zu den Planungen, neue Windkraftzonen auszuweisen. Wir können nicht nach dem St. Florians-Prinzip verfahren, wonach wir Windkraft zwar befürworten aber nicht bei uns. Wir wollen mit allen Beteiligten vernünftige Wege der Realisierung finden.

Gestaltungssatzungen bzgl. Photovoltaik sind zweifellos nötig. Man gewinnt aber den Eindruck, dass in anderen Gestaltungsbereichen zu stark reglementiert wird. So möchten wir nachher unter einem späteren Tagesordnungspunkt dafür sorgen, dass nach 5 Jahren überprüft wird, inwieweit Gestaltungsvorschriften ihren Zweck erfüllt haben. Bürgerinnen und Bürger sollen berichten, wie diese Vorschriften sich für sie ausgewirkt haben. So werden wir in jedem Fall die Akzeptanz erhöhen, die ja vielfach bereits vorhanden ist.

Das Krankenhaus Bad Fredeburg hat uns in letzter Zeit sehr beschäftigt. Verschiedene Ursachen haben das Krankenhaus in die Insolvenz geführt. Wir hoffen, dass wir mit der Zusammenarbeit mit dem Klinikum Arnshausen in Richtung eines MVZ den richtigen Weg gegangen sind. Es spricht jedenfalls angesichts der Altersentwicklung unserer niedergelassenen Ärzte einiges dafür, dass wir mit einem MVZ die Chance haben, ein zukunftsfähiges Modell, das allen Bürgern dauerhaft Nutzen bringt, zu installieren. Die notwendigen Zukunftsinvestitionen im Gesundheitsbereich zur Erhaltung der medizinischen Infrastruktur sind allerdings noch nicht budgetiert. Ich will nicht künftigen Betriebskostenzuschüssen das Wort reden. Tatsache ist jedoch, dass wir uns Betriebskostenzuschüsse für zahlreiche GbMs leisten, die lange nicht so existentiell sind. Vielleicht gelingt es uns mit dem MVZ sogar, Ärzte ins Schmallenberger Sauerland zu holen, die sonst nicht den Weg zu uns finden würden.

Nun zu unseren Vorschlägen:

- Die im Haushalt vorgesehenen 170.000 € für die Erhaltung unserer Ortsstraßen sind viel zu niedrig angesetzt. Wir fordern eine Erhöhung auf 220.000 €. Es ist besser, hier beizeiten präventiv tätig zu werden.
- Die Aufbereitung und Versendung der Vorlagen in Papierform erfordert einen hohen Verwaltungsaufwand. Wir schlagen deshalb vor, die Ratsvorlagen/ Einladungen zum Beispiel automatisch über eine „Cloud-Lösung“ jedem Ratsmitglied einzeln zuzuweisen. Der Vorteil wäre, dass jeder mit einem Klick seine Vorlagen elektronisch abrufen kann. Ein entsprechendes Lesegerät mit WLAN ist zur Verfügung zu stellen (Tablet-PC).
- Wir benötigen ein besseres Radwegenetz mit guten Anbindungsmöglichkeiten zu den Haupttrassen. Vor allem aber in den Kernstädten Schmallenberg und Bad Fredeburg müssen innerstädtische Radwege auch vor dem Hintergrund der Schulwegsicherung verbessert werden. Konkret schlagen wir folgendes vor:
 - Eine Lösung der Situation Radweg Lenne/Störmecke muss vorangetrieben werden.
 - Der Radweg durch die Innenstadt von Schmallenberg (ab Netto) muss verkehrstechnisch optimiert und besser ausgewiesen werden.
 - Der Verkehrsfluss im Kernort Schmallenberg im Zusammenhang mit der Fahrrad- und Fußgängersituation (z.B. Kreisverkehre, Ampeln, Alters- und Behindertengerechtigkeit) verlangt nach einer umfassenden Konzeption. Aus diesem Grund benötigen wir ein neues, von außen erstelltes Verkehrskonzept (eventuell im Rahmen einer Masterarbeit).
 - Gleichzeitig fordern wir eine Verkehrsverbesserung an der Rabatz-Ampel. Hier könnte durch eine vorgeschriebene Rechtsabbiegerlösung ohne Ampel aus den Grundstück Rabatz eine Verbesserung erreicht werden. Verkehrsteilnehmer Richtung Gleidorf müssen in den Kreisverkehr Richtung Bahnhofstraße erst zurückfahren.
 - Für die B 236 (Fleckenberger Str., Breite Wiese) möchten wir wegen der Unfallhäufung beantragen, dass das Ortsausgangsschild weiter in Richtung Fleckenberg verschoben wird, damit dort eine Tempoverringerung auf 50 km/h erfolgt.

- Seit Jahren missfällt uns die Vermarktung der Stadthalle, einer der größten Hallen in Südwestfalen. Um hier mehr Aktivität hinein zu bringen, sollte über die Gründung einer Stadthallengesellschaft nachgedacht werden.
- Wir beantragen, den Wochenmarkt auf den Paul-Falke-Platz zu verlegen und soweit noch erforderlich die nötigen Arbeiten für die Infrastruktur durchzuführen.
Der Wochenmarkt dort hätte als Vorteile ein ausreichendes und großzügiges Parkplatzangebot und eine gute Verbindung zu den übrigen dort vorhandenen Einkaufsmärkten.
- Das ewige Thema Grünschnitt: für die Abgabe von Grünschnitt (Äste und Heckenschnitt) sollen zwei Abholtermine/Jahr (Frühjahr/Herbst) eingeführt werden, damit die Bürger den Grünschnitt, der nicht in die braune Tonne passt, entsorgen können.
- Unklar ist, welche finanziellen Folgen die demographische Entwicklung in unserer Stadt noch haben wird. Immerhin haben wir laut der Daten des Haushaltsplans 2013 seit 1995 im Stadtgebiet 1.545 Einwohner weniger (5,8%) und die Schülerzahlen sind in einem atemberaubenden Tempo um 1.919 Schüler (40,3%) seit 1975 gesunken.
Durch die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung und gleichzeitig rückläufige Geburtenrate steigt der Anteil älterer Menschen gegenüber dem Anteil Jüngerer dramatisch an. Uns fehlt der Diskussionsraum, in dem diese Probleme überhaupt planerisch angesprochen werden können. Kennen wir die Veränderungen, die uns erwarten, müssen wir eventuell Gebäude aufgeben oder umnutzen? Lassen sich die Strukturen in den Dörfern noch so wie gewohnt aufrechterhalten? Brechen uns Strukturen weg, die wir als selbstverständlich erachtet haben? Deshalb fordern wir die Neueinrichtung eines Ausschusses oder eines Arbeitskreises für GENERATIONENSRAGEN in unserer Stadt.

Die zunächst in das Jahr 2014 verschobene Maßnahme Saunaerneuerung sehen wir in der vorgesehenen Höhe als sehr kritisch an. Wir sehen ein Schwimmbad als Grundversorgung an, eine Sauna aber schon deutlich weniger. Vor dem Hintergrund, dass für das Jahr 2014 Gesamtinvestitionen in ähnlicher Höhe wie 2013 zu erwarten sind, müssen wir noch stärker zwischen „unbedingt notwendig“ und „wünschenswert, aber zu teuer“ unterscheiden. Dass wir einen Sachverständigen finden würden, der uns vorrechnet, beim Einsatz von mindestens 3 Mio. € rechne sich die Sauna, ist keine Frage. Nur wenn es nicht stimmt, ist der lange wieder weg.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass wir den vorgeschlagenen Haushalt für zustimmungsfähig halten. Wir sind wieder einmal gut in der Zeit, was uns gegenüber anderen Gemeinden Vorteile verschafft. Dieses ist der insgesamt konsequenten Arbeit von Rat und Verwaltung zu verdanken. Speziell für die Arbeit der Verwaltung darf ich Ihnen, Herr Bürgermeister und Ihnen, Herr Kämmerer stellvertretend ganz herzlich danken. Nehmen Sie den Dank auch mit an Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die alle auf ihre Art zum Gelingen in der Stadt beitragen.